Andrea Egger, Claudia Liebeswar

DER WOHLFAHRTSSTAAT IN DER SOZIAL-ÖKOLOGISCHEN TRANSFORMATION[1]

ZUSAMMENFASSUNG

Umweltzerstörung und Klimawandel bedrohen soziale, ökonomische und ökologische Grundlagen. Die sozial-ökologische Transformation erfordert daher eine aktive Rolle des Wohlfahrtsstaates.

- Der Wohlfahrtsstaat muss über kompensatorische Aufgaben hinaus aktiv-transformativ wirken und Nachhaltigkeit mit sozialer Gerechtigkeit verbinden.
- Sozialpolitische Instrumente – von Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik bis zu sozialer Sicherung und Infrastruktur – sind ökologisch zu modernisieren.
- Sozialstaatliche Interventionen sind daran zu bemessen, ob sie planetare und soziale Grenzen respektieren, wobei ein Schwerpunkt auf hochwertigen Dienst- und Infrastrukturleistungen statt auf reinen Geldtransfers liegen kann.

ABSTRACT

Environmental degradation and climate change threaten social, economic, and ecological foundations. The socio-ecological transformation therefore requires the welfare state to play an active role.

- The welfare state must go beyond compensatory functions and take on an active transformative role, linking sustainability with social justice.
- Social policy instruments – from labour market and education policy to social security and infrastructure – need to be modernized in an ecological way.
- Welfare state interventions should be assessed based on their ability to respect planetary and social boundaries, with a stronger focus on high-quality services and infrastructures rather than purely monetary transfers.

1 Dieser Text greift pointiert Ergebnisse des Endberichts zur von Egger et al. durchgeführten Studie „Der Ökosozialstaat: Handlungsfelder eines ökologisch nachhaltigen Sozialstaates" im Auftrag des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (2024) heraus und baut auf dem Vortrag „Die Rolle des österreichischen Sozialstaats in der sozialökologischen Transformation" im Kontext der Sozoeknet-Veranstaltung „Auf dem Weg zum Klimasozialstaat" am 14.03.2025 von Andrea Egger (EVACON) und Margit Schratzenstaller (WIFO) auf.

Sozialpolitik in Diskussion, Band 26/2026: Seiten 29–40

1 VOM TRADITIONELLEN ZUM TRANSFORMATIVEN SOZIALSTAAT

1.1 Der Sozialstaat ist gleichermaßen Subjekt und Objekt des (ökologischen) Wandels

Der traditionelle Sozialstaat – d. h. die klassischen Systeme sozialer Absicherung gegen Markt- und Lebensrisiken – kann nicht mehr isoliert von Umwelt- und Klimafragen gedacht werden: Die vielfältigen Herausforderungen des Klimawandels verlangen, dass soziale Sicherungssysteme auch Fragen der ökologischen Nachhaltigkeit berücksichtigen. Dies ist, wie im Folgenden weiter ausgeführt wird, zum einen der Fall, da der Klimawandel neue Risiken und Vulnerabilitäten hervorbringt, gegen die der Sozialstaat absichern muss (z. B. Gesundheitsrisiken oder Risiken durch Extremwetterereignisse). Zum anderen müssen auch die Maßnahmen zur Klimawandelanpassung sozial gerecht ausgestaltet werden (wie es z. B. durch den Klimabonus angestrebt wurde). Doch sozialstaatliche Instrumente erlauben es nicht nur, auf geänderte Situationen zu reagieren, sondern sie können auch aktiv und gezielt eingesetzt werden, um einen ökologisch nachhaltigen Wandel zu unterstützen (z. B. durch Umschulungsprogramme). Subventionen oder Transferleistungen sollen dabei klimafreundliches Verhalten fördern (z. B. Zuschüsse für Gebäudesanierung, nachhaltige Mobilität), anstatt klimaschädliche Strukturen (z. B. fossile Energieträger) zu zementieren.

1.2 Der Klimawandel erzeugt neue Formen von Betroffenheiten, die sich in verschiedenen Dimensionen manifestieren und bestehende gesellschaftliche Ungleichheiten verstärken können

Die neu entstehenden Betroffenheiten und Vulnerabilitäten sind komplex verschränkt und erfordern ein integriertes Verständnis, das individuelle und institutionelle Aspekte gleichermaßen berücksichtigt, damit eine nachhaltige und sozial gerechte Anpassung gelingen kann. Zu beachten sind dabei – wie etwa Fuchs/Thaler (2018), Menges/Traub (2012) sowie Papathoma-Köhle/Fuchs (2020) diskutieren – folgende Dimensionen:

- **Physische Dimension:** Die physische Betroffenheit zeigt sich vor allem in gesundheitlichen Risiken und materiellen Schäden. Hitzewellen erhöhen die Mortalität und Morbidität, insbesondere bei Personen mit Vorerkrankungen sowie bei Kindern und älteren Menschen (Schlegel et al. 2021). Hinzu kommen Schäden an Infrastrukturen durch Extremwetterereignisse wie Starkregen, Überschwemmungen oder Stürme. Diese Entwicklungen stellen nicht nur eine direkte Bedrohung für die physische Integrität von Menschen dar, sondern beeinträchtigen auch die Funktionsfähigkeit zentraler Versorgungs- und Verkehrssysteme.
- **Wirtschaftliche Dimension:** Direkte Kosten entstehen durch Ernteausfälle, gesundheitliche Beeinträchtigungen und Infrastrukturzerstörungen. Indirekt resultieren zusätzliche Belastungen aus Klimaschutzmaßnahmen und Anpassungsstrategien, etwa durch Investitionen in Resilienzmaßnahmen oder durch Lenkungsabgaben. Diese Kosten treffen Bevölkerungsgruppen und Wirtschaftssektoren in unterschiedlicher Intensität und bergen daher das Risiko sozialer Spannungen (Helldén et al. 2021).
- **Psychische Dimension:** Auch die psychische Gesundheit wird durch den Klimawandel sowohl unmittelbar, etwa durch Hitzeereignisse oder Katastrophen wie Überschwemmungen und Waldbrände, als auch mittelbar, etwa in Form von Klimaangst oder Ohnmachtsgefühlen oder aufgrund des Verlusts vertrauter Lebensgrundlagen, beeinflusst.

Sozialpolitik in Diskussion, Band 26/2026: Seiten 29–40

Ungleich verteilte Belastungen können zudem mit Konfliktpotenzialen einhergehen, wenn tatsächliche oder empfundene Schieflagen als ungerecht wahrgenommen werden. Auch ein erhöhtes Aggressionspotenzial bei Hitze ist empirisch nachgewiesen (Miles-Novelo/Anderson 2019).

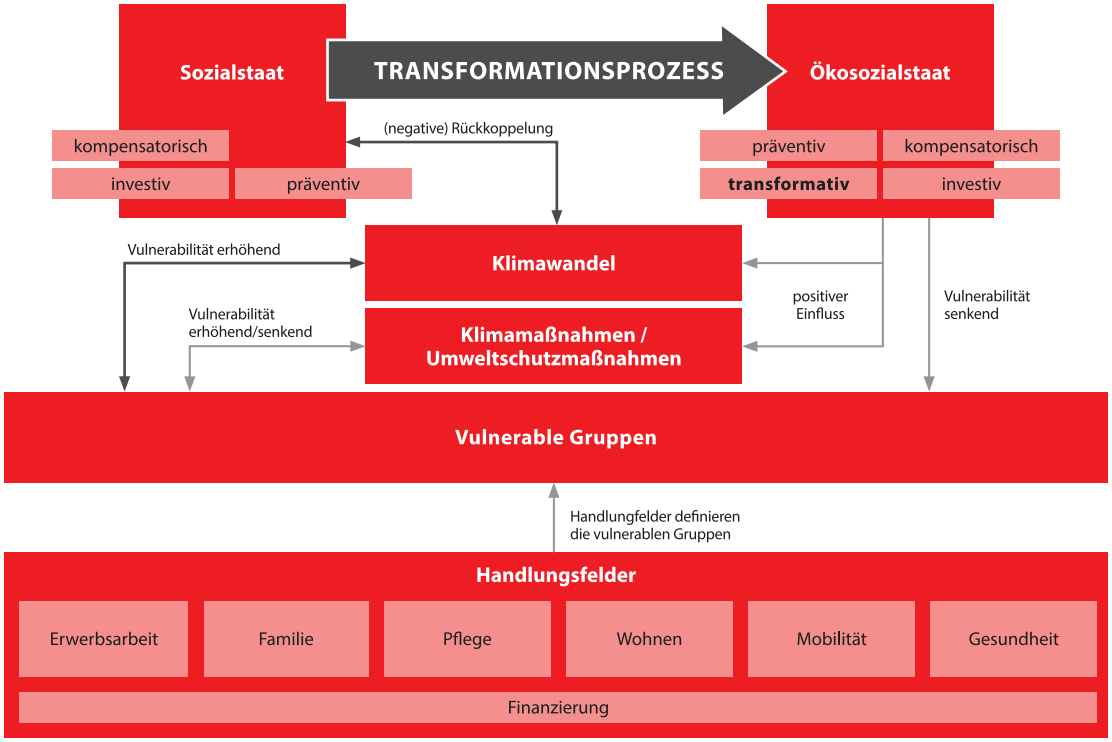
- **Soziale Dimension:** Besonders vulnerabel sind Bevölkerungsgruppen, die aufgrund von Alter, Gesundheit, Einkommen oder formalem Bildungsniveau über geringere Anpassungsressourcen verfügen, wobei Frauen überproportional betroffen sind. Darüber hinaus sind Menschen in prekären Lebensverhältnissen oftmals stärker exponiert, etwa wenn sie in schlecht isolierten Wohnungen oder besonders gefährdeten Gebieten leben. Hinzu kommt, dass Klimaschutzmaßnahmen einkommensschwache Haushalte stärker belasten können, etwa durch höhere Preise infolge von Lenkungssteuern. Die soziale Dimension macht deutlich, dass der Klimawandel bestehende Marginalisierungen vertieft.
- **Institutionelle Dimension:** Auch das Leistungsangebot der öffentlichen Hand wird von der Klimaerwärmung berührt. Sozialstaatliche Aufgaben und deren Finanzierungsgrundlagen geraten unter Druck, da einerseits neue Bedarfe entstehen (z. B. Gesundheits- und Katastrophenschutz) und andererseits ökonomische Belastungen durch Klimawandelfolgen die Steuer- und Abgabenbasis beeinträchtigen können. Es werden daher Anpassungen in der Leistungserstellung und -finanzierung erforderlich, um die Funktionsfähigkeit öffentlicher Institutionen langfristig zu sichern.

1.3 Ein ökologisch nachhaltiger Sozialstaat muss verstärkt auch eine transformative Rolle einnehmen

Der klassische Sozialstaat erfüllt traditionell drei zentrale Rollen, denn er agiert erstens kompensatorisch, indem er soziale Risiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Alter absichert, zweitens investiv, indem er durch Bildung, Qualifizierung oder Familienpolitik die gesellschaftliche Teilhabe stärkt, und drittens präventiv, indem er versucht, Risiken durch vorbeugende Maßnahmen zu reduzieren. Abbildung 1 verdeutlicht, dass der Wandel vom klassischen Sozialstaat zum Ökosozialstaat zusätzlich zur Fortführung dieser Funktionen auch deren Ergänzung um eine transformative Rolle erfordert.

Sozialpolitik in Diskussion, Band 26/2026: Seiten 29–40

Abbildung 1: Transformationsprozess vom Sozialstaat zum Ökosozialstaat



Quelle: eigene Darstellung

Traditionelle sozialstaatliche Instrumente können teils unbeabsichtigt Vulnerabilitäten erhöhen, etwa wenn sie klimaschädliche Strukturen absichern. Über negative Rückkopplungen verstärken sich so die Belastungen für vulnerable Gruppen. Der Übergang zum Ökosozialstaat setzt genau an diesem Punkt an. Ein solcher übernimmt zusätzlich eine transformative Funktion, die darauf abzielt, gesellschaftliche Strukturen aktiv im Sinne von Klimaschutz und Nachhaltigkeit umzubauen. Diese neue Rolle wirkt, wie in Abbildung 1 illustriert, in mehrfacher Hinsicht. So können transformative Instrumente darauf abzielen, Vulnerabilitäten zu senken, indem sie Klimarisiken kompensieren, aber auch die Ursachen der Risiken – d. h. klimaschädliche Strukturen – direkt verändern (Mandelli 2023).

Deutlich wird demnach, dass vulnerable Gruppen im Zentrum des Transformationsprozesses stehen. Sie lassen sich durch verschiedene Handlungsfelder – Erwerbsarbeit, Familie, Pflege, Wohnen, Mobilität und Gesundheit – definieren, wobei Klimawandel und Klimapolitik sowohl direkt als auch indirekt auf die entsprechenden Lebenslagen einwirken. Während klassische sozialstaatliche Maßnahmen in diesen Feldern Risiken abfedern, eröffnet die transformative Rolle die Möglichkeit, die Handlungsfelder selbst nachhaltig umzugestalten, etwa durch grüne Arbeitsplätze, energieeffizientes Wohnen oder klimafreundliche Mobilität. Der Sozialstaat wird dadurch von einem reaktiven Absicherungsinstrument zu einem gestaltenden Akteur der sozialökologischen Transformation.

1.4 Ein ökologisch nachhaltiger Sozialstaat fördert und beschleunigt die sozialökologische Transformation durch Intervention und Koordination

Freilich bedeutet dies keine Abwendung von den kompensatorischen, investiven und präventiven Funktionen des Sozialstaates. Vielmehr gewinnen diese sogar an Bedeutung, da Klimaveränderungen und Umweltzerstörung hohe gesundheitliche, soziale und wirtschaftliche Kosten

Sozialpolitik in Diskussion, Band 26/2026: Seiten 29–40

verursachen (Frondel et al. 2017). Der Staat wird aber zusätzlich zu einem aktiven Gestaltungsakteur, der den Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf zwei zentralen Ebenen fördert und beschleunigt. Zum einen erfordert die Transformation eine breite Palette staatlicher Interventionen und Steuerungsinstrumente, so etwa Regulierungen, die klimaschädliche Praktiken begrenzen, Förderungen für klimafreundliche Innovationen und sozial gerechte Anpassungsmaßnahmen, Steuern und Abgaben, die ökologische Kosten internalisieren und gleichzeitig sozial ausgeglichen gestaltet sind, Infrastrukturen, die nachhaltige Lebensweisen ermöglichen (z. B. öffentlicher Verkehr, energieeffiziente Wohnformen), sowie Bewusstseinsbildung, die gesellschaftliche Akzeptanz für die Transformation schafft und gemeinsame Zukunftsbilder fördert. Zum anderen kann die Transformation nur gelingen, wenn unterschiedliche Politikbereiche kohärent zusammenwirken. Der Ökosozialstaat muss deshalb Mechanismen schaffen, die ressort- und ebenenübergreifend wirksam werden. Diese umfassen eine gesamtstaatliche Strategie zur Implementierung sozial-ökologischer Zielsetzungen, institutionalisierte Kooperation zwischen Ministerien, Gebietskörperschaften und Sozialpartnern sowie eine vertikale Mehrebenenkoordination, die nationale, regionale und lokale Ebenen miteinander verzahnt. Nur durch diese verstärkte Koordination lassen sich Zielkonflikte vermeiden und Synergien nutzen – etwa zwischen Klima-, Sozial-, Steuer- und Arbeitsmarktpolitik.

2 DER ÖKOLOGISCH NACHHALTIGE SOZIALSTAAT IN DER PRAXIS

2.1 Die Arbeitsmarktpolitik ist ein zentraler Hebel in einem ökologisch nachhaltigen Sozialstaat: Sie sichert Übergänge ab, gestaltet aber auch Beschäftigungsstrukturen aktiv im Sinne von Nachhaltigkeit, Resilienz und sozialer Gerechtigkeit

Bereits in Abbildung 1 wurde die Erwerbsarbeit als eines der zentralen Handlungsfelder, durch welche die neuen Vulnerabilitäten definiert werden, erkannt. Zugleich ist die Arbeitsmarktpolitik ein Feld, in dem der Wandel von einem traditionellen Sozialstaat zu einem Ökosozialstaat besonders deutlich gemacht werden kann. Denn in einem traditionellen Sozialstaat liegt der Fokus klassischerweise zunächst auf der Einkommenssicherung: Wenn Arbeitsplätze (z. B. in der Automobilindustrie) verlorengehen, greift die Arbeitslosenversicherung. In der aktiven Arbeitsmarktpolitik geht das Vorgehen zwar über eine reine finanzielle Unterstützung hinaus, die Maßnahmen weisen aber auch dann in aller Regel keinen zwangsläufigen Bezug zu ökologischen Zielen auf. Der Ökosozialstaat hingegen unterstützt nicht nur beim Abfedern von Verlusten, sondern steuert aktiv den Übergang in eine klimafreundliche Beschäftigungsstruktur. Dies kann etwa Umschulungen und Weiterbildungen inkludieren, durch die Beschäftigte (z. B. in fossilen Industrien) gezielte Qualifizierungen für Jobs in erneuerbaren Energien, Gebäudesanierung oder nachhaltiger Landwirtschaft erhalten, sowie auch Transformationsfonds, durch die staatliche Mittel den Strukturwandel in betroffenen Regionen unterstützen, oder Green-Jobs-Programme, die mit (an ökologische Kriterien, wie z. B. Energieeffizienz, gekoppelten) staatlichen Förderungen für Unternehmen einhergehen, die nachhaltige Arbeitsplätze schaffen. Sozialstaatliche Regelungen sorgen darüber hinaus aber auch dafür, dass Berufe, die besonders von Klimawandelfolgen betroffen sind (z. B. in den Bereichen Bau und Landwirtschaft), besseren Schutz erhalten, so etwa Hitzeschutzmaßnahmen, kürzere Arbeitszeiten bei Extremwetter oder eine angepasste Kranken- bzw. Ausfallversicherung.

Sozialpolitik in Diskussion, Band 26/2026: Seiten 29–40

Die Transformation vom klassischen Sozialstaat zum Ökosozialstaat impliziert für die Arbeitsmarktpolitik also eine deutlich erweiterte Verantwortung. Grob gilt es, die Erwerbsarbeit unter ökologischen Gesichtspunkten nachhaltiger zu organisieren, die Arbeitsplätze umweltfreundlicher zu gestalten und Schutzmaßnahmen für Arbeitnehmer:innen zu treffen, die negativen Klimawandelfolgen ausgesetzt sind. Die zentralen Ansatzpunkte, die im Detail auch in Bock-Schappelwein et al. (2023) diskutiert werden, lassen sich dabei wie folgt zusammenfassen.

2.1.1 Aktive Arbeitsmarktpolitik und (Re-)Qualifizierung

Die ökologische Transformation führt zu erheblichen sektoralen Verschiebungen auf dem Arbeitsmarkt. Betroffen sind insbesondere energie- und ressourcenintensive Industrien sowie Teile der Bau- und Verkehrssektoren (Schneider 2023). Um soziale Folgen abzufedern, benötigen Beschäftigte aus den entsprechenden Branchen Unterstützung bei der Gestaltung von Übergängen in neue Tätigkeitsfelder. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik gewinnt hierbei an strategischer Bedeutung und umfasst neben finanzieller Absicherung auch gezielte (Re-)Qualifizierungsmaßnahmen, um Arbeitskräfte für Berufe in zukunftsfähigen Bereichen, wie erneuerbaren Energien, Kreislaufwirtschaft, nachhaltiger Mobilität oder ökologischen Dienstleistungen, zu befähigen. Relevant sind in diesem Kontext auch solche Arbeitsfelder, die zwar nicht im eigentlichen Sinn „grün" sind, die aber mit einem vergleichsweise geringen Ressourceneinsatz einen großen Beitrag zur existenziellen Sicherung leisten, wie es etwa im Pflegebereich der Fall ist. Generell zeigte sich in der Vergangenheit oftmals, dass Beschäftigte aus „Polluting Jobs" eher in „neutrale" als in „grüne" Jobs abwanderten, was mit nicht direkt miteinander korrespondierenden Qualifikationsprofilen in Verbindung steht (Vona et al. 2018). Förderlich können vor diesem Hintergrund Teilqualifizierungen für stark nachgefragte grüne Berufsfelder sein, wie im handwerklich-technischen bzw. naturwissenschaftlich-technischen Bereich (Bock-Schappelwein et al. 2023). Diese sollten so ausgestaltet sein, dass sie einen sofortigen (angeleiteten) Arbeitseinsatz ermöglichen und eine Anschlussqualifizierung für (Facharbeits-)Berufe vorsehen. Dies ist aktuell bei der in Österreich eingerichteten Umweltstiftung, einer Arbeitsstiftung, der Fall.

2.1.2 Förderung nachhaltiger Beschäftigung

Die Entstehung neuer Arbeitsplätze im Rahmen der ökologischen Transformation ist an politische Steuerungsmechanismen gebunden. Förderungen, Subventionen und steuerliche Entlastungen können gezielt an ökologische Kriterien geknüpft werden, um Investitionen in nachhaltige Branchen zu begünstigen. Dadurch kann der österreichische Arbeitsmarkt strukturell in Richtung „grüner" Beschäftigung verschoben werden. Langfristig können Klima- und Umweltschutzmaßnahmen, die die Auswirkungen des Klimawandels begrenzen, demnach dazu beitragen, die Erwerbsarbeit abzusichern. Gleichzeitig bleibt das erwerbszentrierte Modell als Kern sozialer Sicherung im Wohlfahrtsstaat erhalten (Bothfeld 2022).

2.1.3 Soziale Absicherung im Wandel

Der ökologische Umbau birgt Übergangsrisiken, insbesondere in Form von Arbeitsplatzverlusten und Einkommenseinbußen. Ein ökologisch nachhaltiger Sozialstaat muss diese Risiken durch adäquate Absicherungsmechanismen abfedern und zugleich die Reintegration in den Arbeitsmarkt unterstützen (Walker 2013; Huang/Yao 2023). Damit wird die Legitimität der ökologischen Transformation gestärkt und deren soziale Akzeptanz gesichert (Menges/Traub 2012).

Sozialpolitik in Diskussion, Band 26/2026: Seiten 29–40

2.1.4 Regionale sozial-ökologische Zusammenarbeit

Da die Auswirkungen des Strukturwandels regional unterschiedlich ausfallen, sind regionale Verwerfungen, wenn es etwa in manchen Regionen zu Arbeitsplatzzuwächsen und in anderen zu Arbeitsplatzverlusten kommt, nicht auszuschließen. In diesem Kontext sind eine enge Verzahnung von Arbeitsmarktpolitik mit regionaler Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik sowie eine verstärkte räumliche Differenzierung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen erforderlich. Regionen, die besonders von klimapolitischen Anpassungen, wie dem Ausstieg aus fossilen Energieträgern, betroffen sind, benötigen spezifische Transformationsfonds sowie Standortstrategien, die regionale Arbeitsmarktstabilität sichern. Hierzu finden sich u. a. in Spanien und Deutschland Erfahrungen (Egger et al. 2024), aber auch bei vergangenen Strukturwandelprozessen in Österreich.

2.1.5 Arbeitnehmer:innenschutz

Die zunehmenden physischen Belastungen durch Hitzewellen oder Extremwetterereignisse erfordern eine Anpassung des Arbeitsschutzes (ILO 2019; Union of Concerned Scientists 2021). Hitzestress kann dabei mit einer Abnahme der Arbeitsproduktivität, aber etwa auch mit Entzündungsreaktionen, Zellschädigungen oder gar lebensgefährlichem Hitzschlag in Verbindung stehen (AUVA 2016; Flouris et al. 2018; Mora et al. 2017). (Flexible) Arbeitszeit- und Pausenregelungen, Schutzmaßnahmen gegen Hitze, gesundheitsförderliche Arbeitsplatzgestaltung und spezifische Vorkehrungen in besonders gefährdeten Branchen (z. B. Bau oder Landwirtschaft, aber etwa auch Kranken- und Pflegeeinrichtungen, in denen überwiegend Frauen arbeiten) werden zu zentralen Elementen. Der Schutz vulnerabler Gruppen auf dem Arbeitsmarkt ist prioritär.

2.1.6 Anpassungsförderung für Betriebe (KMUs)

Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Betriebe, benötigen Unterstützung bei Investitionen in Forschung und Entwicklung im Bereich Umwelttechnologien. Die Arbeitsmarktpolitik kann hierzu über Förderprogramme, Beratung und Netzwerkbildung beitragen. Dazu gehören auch die Förderung von Betriebsansiedlungen nachhaltiger Unternehmen, die Unterstützung bei der kreislaufwirtschaftlichen Transformation von Wertschöpfungsketten sowie Lösungen für Recycling und Ressourcenschonung.

2.1.7 Emissionsreduktion berufsbezogener Mobilität

Ein relevanter Ansatzpunkt liegt in der Reduktion von Emissionen, die durch Arbeitswege und Dienstreisen entstehen. Arbeitsmarktpolitische und über die Arbeitsmarktpolitik hinausgehende Maßnahmen können etwa Anreize für klimafreundliche Pendel- und Geschäftsreisemodelle, die Förderung von Homeoffice-Strukturen, den Ausbau öffentlicher Mobilitätsangebote (sowie auf flexible Arbeitszeiten abgestimmte ÖV-Fahrpläne), den stärkeren Einsatz von Linien- und On-Demand-Verkehr sowie die Reduktion der Zersiedelung einbeziehen (BMK 2021; Döller/Fuhrmann 2023; Kletzan-Slamanig et al. 2022). Gewerkschaftsseitig liegt diesbezüglich der Vorschlag zu einem verpflichtenden Mobilitätsmanagement für größere Betriebe vor, das etwa auf geförderte ÖV-Tickets, Radabstellplätze, Lademöglichkeiten für E-Bikes und E-Autos, Firmenfahrgemeinschaften und Firmenbusse abstellen könnte.

Sozialpolitik in Diskussion, Band 26/2026: Seiten 29–40

2.1.8 Ökologisch nachhaltige und klimafitte Arbeitsplatzgestaltung

Die Arbeitsplätze selbst müssen im Zuge der Transformation ökologisch nachhaltig gestaltet werden. Dies betrifft sowohl die Bauweise und Energieversorgung von Arbeitsstätten (z. B. energieeffiziente Heiz- und Kühlsysteme, Green IT) als auch die Arbeitsorganisation (BMK 2021; Gonserkewitz et al. 2021). Letzteres kann etwa die Anpassung der Arbeitsaufgaben, die Nutzung von Gleitzeitregelungen oder auch Homeoffice und die Lockerung von Bekleidungsregeln bis hin zu saisonal angepassten Arbeitszeitregelungen meinen (Bauer et al. 2022; Gabriel/Bux 2022).

2.2 Der Ökosozialstaat versteht sich als Ordnungsrahmen und als übergeordnetes Leitprinzip für das Handeln sämtlicher politischer Akteur:innen eines zukunftssicheren politischen Systems

Die Integration ökologischer Nachhaltigkeit in den Sozialstaat darf nicht als nachrangige Zusatzaufgabe verstanden werden. Tatsächlich gilt es, die Ziele der Sozial- und Klimapolitik als substanziell äquivalent zu begreifen: Beide adressieren zentrale Gefährdungen des gesellschaftlichen Wohlergehens. Gesundheitsrisiken durch Hitzewellen, soziale Härten durch Extremwetter oder psychische Belastungen durch Klimaängste zeigen, dass Klimafolgen ebenso wie klassische soziale Risiken die gesamte Bevölkerung betreffen. Damit erhält die ökologische Dimension eine vergleichbare Legitimation wie soziale Sicherheit.

Gefragt ist daher eine umfassende Transformation des Sozialstaates, auf deren Basis Entscheidungen stets (auch) dahin gehend zu beurteilen sind, inwiefern sie dazu beitragen, dass planetare Grenzen nicht über- und soziale Grenzen nicht unterschritten werden, ohne dass dies zulasten der (klassischen) Sozialpolitik ginge. Vielmehr ist der Erfolg von Sozialpolitik nicht mehr vorwiegend an der Höhe und dem Wachstum sozialstaatlich motivierter (insbesondere monetärer) Leistungen zu messen, sondern stärker an ihren Ergebnissen in Bezug auf ihren Beitrag zur Befriedigung individueller wie auch kollektiver Bedürfnisse. Dies erfordert auch eine stärkere Berücksichtigung der Strukturen sozialstaatlicher Leistungen sowie – je nach sozialstaatlichem Handlungsfeld in unterschiedlichem Ausmaß – eine Verschiebung von Geldleistungen hin zu flächendeckenden hochwertigen Dienst- und Sachleistungen und sozial-ökologischen Infrastrukturmaßnahmen. Zugleich bedarf es einer engen Koordination mit der Budget- und Steuerpolitik, um Zielkonflikte zu vermeiden: Ökologische Lenkungsinstrumente wie die CO_2-Bepreisung müssen sozialverträglich gestaltet werden, während sozialstaatliche Transfers ökologische Fehlanreize vermeiden sollten. Der Ökosozialstaat wird so zu einer integrativen Plattform, die unterschiedliche Politikfelder systematisch miteinander verschränkt.

Ein solcher Wandel kann nicht „top-down" verordnet werden, sondern muss durch Partizipation auf Augenhöhe zwischen Staat, Arbeitnehmer:innen, Unternehmen und Zivilgesellschaft getragen werden. Die Entwicklung gemeinsamer positiver Zukunftsbilder ist zentral, um die Transformation nicht als Bedrohung, sondern als Chance wahrzunehmen. Partizipative Prozesse erhöhen nicht nur die Legitimität, sondern auch die Wirksamkeit der Transformation, da sie unterschiedliche Perspektiven bündeln und gesellschaftliche Akzeptanz sichern.

Sozialpolitik in Diskussion, Band 26/2026: Seiten 29–40

3 ABSCHLUSSBEMERKUNGEN

3.1 Der Sozialstaat erlebt eine „doppelte Transformation" – sozial und ökologisch

Klassische Sozialstaaten entstanden, um Menschen gegen Markt- und Lebensrisiken abzusichern. Heute braucht es zusätzlich die Absicherung gegen ökologische Krisen und die Unterstützung beim Übergang in eine klimaverträgliche Wirtschafts- und Lebensweise; der Sozialstaat wird also zu einem Hebel für die ökologische Transformation. Diese transformative Rolle unterscheidet sich qualitativ von den klassischen Funktionen, weil sie nicht nur einzelne Risiken kompensiert oder präventiv reduziert, sondern aktiv auf die gesellschaftlichen Strukturen selbst einwirkt, sodass ökologische Nachhaltigkeit und die Resilienz gegenüber Klimafolgen sowie soziale Ungleichheit zugleich bearbeitet werden. Der Ökosozialstaat übernimmt damit eine doppelte Aufgabe: Er schützt vor den Risiken des Klimawandels und gestaltet zugleich den gesellschaftlichen Wandel aktiv mit. Als demzufolge gestaltender Akteur in der ökologischen Transformation zielt er darauf ab, unterschiedliche Ziele zu erreichen und miteinander zu versöhnen, so etwa

- die Förderung nachhaltiger Beschäftigung (z. B. Umschulungen und Qualifizierungen für Arbeitsplätze in zukunftsfähigen Branchen, gekoppelt an ökologische Kriterien),
- die Umgestaltung von Leistungsstrukturen, d. h., sozialstaatliche Unterstützung wird so ausgerichtet, dass sie nicht klimaschädliche Verhaltensweisen stützt, sondern klimafreundliche Praktiken fördert (z. B. Förderung nachhaltiger Wohnformen oder nachhaltiger Mobilität),
- die Stärkung gesellschaftlicher Resilienz, d. h. die Anpassung an neue Risiken wie Hitzewellen oder Extremwetter, verbunden mit einem Umbau der sozialen Sicherungssysteme, damit sie ökologische Krisen systematisch berücksichtigen, und
- umfassende Gerechtigkeit in der Transformation, d. h., der Sozialstaat übernimmt eine Schlüsselrolle, um Verteilungswirkungen der Klima- und Umweltpolitik auszugleichen und dadurch zu verhindern, dass einkommensschwache Gruppen überproportional belastet werden.

Zu denken ist dies stets auch im Kontext einer normativen Neuausrichtung im Sinne intergenerationeller Gerechtigkeit sowie des Einbezugs zukünftiger Generationen in die Verantwortungsgemeinschaft (Aigner et al. 2021). Denn während der traditionelle Sozialstaat stark auf Umverteilung zwischen Einkommensgruppen oder Altersgruppen fokussiert, berücksichtigt ein ökologisch nachhaltiger Sozialstaat auch die Gerechtigkeit zwischen heutigen und künftigen Generationen, zielt also darauf ab, dass heutige Sicherung nicht auf Kosten der Umwelt von morgen geschieht. Damit verändert sich auch die Legitimationsbasis sozialstaatlicher Politik – nicht nur Gleichheit und Solidarität zwischen sozialen Gruppen sind relevant, sondern auch Verantwortung und Fairness über die Zeit hinweg. Dabei gilt stets: Klimaschutz und soziale Sicherheit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden – sie gehen Hand in Hand.

Sozialpolitik in Diskussion, Band 26/2026: Seiten 29–40

BIBLIOGRAFIE

Aigner, E./*Allinger,* L./*Eigner,* M./*Moder,* C. (2021). Einleitung: Klimasoziale Politik. In: Die *Armutskonferenz/Attac/BEIGEWUM* (Hg.). Klimasoziale Politik. Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten. Wien, bahoe books, 5–19. Online verfügbar unter https://www.attac.at/fileadmin/user_upload/dateien/presse/downloads/Klimabuch_Einleitung_Nachwort_AutorInnen.pdf (abgerufen am 06.10.2025).

AUVA (2016). Optische Strahlung. Hitzebelastung am Arbeitsplatz. Sicherheitsinformation der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt. Sicherheit Kompakt, M 086. Online verfügbar unter https://auva.at/media/4lulbny4/m_086_optische_strahlung_hitzebelastung.pdf (abgerufen am 10.09.2025).

Bauer, S./*Bux,* K./*Dieterich,* F./*Gabriel,* K./*Kienast,* C./*Klar,* S./*Alexander,* T. (2022). Klimawandel und Arbeitsschutz. Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin. https://doi.org/10.21934/baua:bericht20220601.

BMK (2021). Zweiter Fortschrittsbericht zur österreichischen Strategie zur Anpassung an den Klimawandel. Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie.

BMSGPK (Hg.) (2024). Endbericht: Der Ökosozialstaat. Handlungsfelder eines ökologisch nachhaltigen Sozialstaates. Wien. Online verfügbar unter https://www.sozialministerium.gv.at/dam/sozialministeriumat/Anlagen/Services/Studien/Sozialpolitik/Der-%C3%96kosozialstaat_Endbericht.pdf (abgerufen am 14.10.2025).

Bock-Schappelwein, J./*Egger,* A./*Liebeswar,* C./*Marx,* C. (2023). Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im Hinblick auf die Ökologisierung der Wirtschaft. Ökojobs gegen Arbeitslosigkeit? Studie im Auftrag des AMS Österreich. Communicatio.

Bothfeld, S. (2022). Sicher und klimafest. Der deutsche Sozialstaat vor einer doppelten Herausforderung. In: *Otto-Brenner-Stiftung* (Hg.). Welche Politik wollen wir? Zur Zukunft des Staates, der Zivilgesellschaft und der Demokratie. Frankfurt, OBS, 133–154.

Döller, F./*Fuhrmann,* M. (2023). Baustelle Pendlerpauschale: AK und ÖGB schlagen Umwandlung in einen Pendlerabsetzbetrag mit Ökobonus vor. A&W-Blog v. 08.05.2023. Online verfügbar unter https://www.awblog.at/Allgemein/baustelle-pendlerpauschale (abgerufen am 10.09.2025).

Egger, A./*Liebeswar,* C./*Bock-Schappelwein,* J. (2024). Arbeitsmarktpolitische Konzepte europäischer PES zur Unterstützung eines Green Deals: Rückschlüsse für Österreich. AMS Report 180.

Flouris, A. D./*Dinas,* P. C./*Ioannou,* L. G./*Nybo,* L./*Havenith,* G./*Kenny,* G. P./*Kjellstrom,* T. (2018). Workers' health and productivity under occupational heat strain: a systematic review and meta-analysis. The Lancet Planetary Health 2 (12), 521–531. https://doi.org/10.1016/S2542-5196(18)30237-7.

Frondel, M./*Kutzschbauch,* O./*Sommer,* S./*Traub,* S. (2017). Die Gerechtigkeitslücke in der Verteilung der Kosten der Energiewende auf die privaten Haushalte. Perspektiven der Wirtschaftspolitik 18 (4), 335–347. https://doi.org/10.1515/pwp-2017-0034.

Fuchs, S./*Thaler,* T. (2018). Vulnerability and Resilience to Natural Hazards. Cambridge University Press.

Gabriel, K./*Bux,* K. (2022). Arbeitsschutz im Klimawandel – Hitzebelastung durch überwärmte Gebäude in der warmen Jahreszeit. baua: Fokus. https://doi.org/10.21934/baua:fokus20220908.

Gonserkewitz, P./*Schmermbeck,* H./*Ahlemann,* F. (2021). Green IT Quick Wins. HMD Praxis der Wirtschaftsinformatik 58 (1), 167–180.

Helldén, D./*Andersson,* C./*Nilsson,* M./*Ebi,* K. L./*Friberg,* P./*Alfvén,* T. (2021). Climate change and child health: A scoping review and an expanded conceptual framework. The Lancet Planetary Health 5 (3), 164–175. https://doi.org/10.1016/S2542-5196(20)30274-6.

Huang, B./*Yao,* Y. (2023). Does Environmental Regulation Matter for Income Inequality? New Evidence from Chinese Communities. Journal of the Association of Environmental and Resource Economists, 2023/10:5, 1309–1334.

ILO (2019). Working on a warmer planet. The impact of heat stress on labour productivity and decent work. Online verfügbar unter https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/—dgreports/—dcomm/—publ/documents/publication/wcms_711919.pdf (abgerufen am 10.09.2025).

Kletzan-Slamanig, D./*Köppl,* A./*Sinabell,* F./*Kirchmayr,* S./*Müller,* S./*Rimböck,* A./*Voit,* T./*Heher,* M./*Schanda,* R. (2022). Analyse klimakontraproduktiver Subventionen in Österreich. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. Online verfügbar unter https://wifo.ac.at/wwa/pubid/69687 (abgerufen am 06.10.2025).

Mandelli, M. (2023). Harnessing welfare state theories to explain the emergence of eco-social policies. European Journal of Social Security, 13882627231205760. https://doi.org/10.1177/13882627231205759.

Menges, R./*Traub,* S. (2012). Sozialpolitik im Klimawandel: Konfliktlinien zwischen sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit. Zeitschrift für Sozialreform 58 (3), 343–362. https://doi.org/10.1515/zsr-2012-0305.

Miles-Novelo, A./*Anderson,* C. A. (2019). Climate change and psychology: Effects of rapid global warming on violence and aggression. Current Climate Change Reports 5, 36–46.

Mora, C./*Counsell,* C./*Bielecki,* C./*Louis,* L. (2017). Twenty-Seven Ways a Heat Wave Can Kill You. Deadly Heat in the Era of Climate Change. Circ Cardiovasc Qual Outcomes, 2017/10(11). https://doi.org/10.1161/CIRCOUTCOMES.117.004233.

Papathoma-Köhle, M./*Fuchs,* S. (2020). Vulnerabilität. In: T. *Glade*/M. *Mergili*/K. *Sattler* (Hg.). ExtremA 2019. Aktueller Wissensstand zu Extremereignissen alpiner Naturgefahren in Österreich. Vienna University Press, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co KG, 677–709.

Schlegel, I./*Muthers,* S./*Matzarakis,* A. (2021). Einfluss des Klimawandels auf die Morbidität und Mortalität von Atemwegserkrankungen. UBA (Umwelt und Gesundheit). Online verfügbar unter www.umweltbundesamt.de/publikationen/einfluss-des-klimawandels-auf-die-morbiditaet (abgerufen am 10.09.2025).

Schneider, U. (2023). Sozialstaat und Klimawandel. In: C. *Görg*/K. *Mader*/A. *Muhar*/A. *Novy*/A. *Posch*/K. W. *Steininger*/E. *Aigner* (Hg.). APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben, 499–528. Online verfügbar unter https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-662-66497-1_22 (abgerufen am 06.10.2025).

Union of Concerned Scientists (2021). Too Hot to Work. Assessing the Threats Climate Change Poses to Outdoor Workers. Online verfügbar unter https://www.ucsusa.org/sites/default/files/2021-09/Too-Hot-to-Work_9-7.pdf (abgerufen am 10.09.2025).

Vona, F./*Marin,* G./*Consoli,* D./*Popp,* D. (2018). Environmental Regulation and Green Skills: An Empirical Exploration. Journal of the Association of Environmental and Resource Economists 5 (4), 713–753.

Walker, W. R. (2013). The Transitional Costs of Sectoral Reallocation: Evidence from the Clean Air Act and the Workforce. Quarterly Journal of Economics 128, 1787–1835. https://doi.org/10.1093/qje/qjt022.